

Ina Rosenthal: Betreuungsgeld ist falsches Signal zu falscher Zeit/ Kitas helfen Wirtschaft und Familien

Ab August 2013 hat jedes Kind in Deutschland unter 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesbetreuungsplatz. Damit sind die Kommunen stark gefordert in der Bereitstellung und dem Ausbau der Kinderbetreuung durch Kindergärten oder Tageseltern. Gestern veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine Studie in der klar wird, dass die Länder und Kommunen diesen gesetzlichen Anspruch bundesweit wohl nicht gerecht werden können. "Der Zuwachs muss binnen 18 Monaten damit stärker ausfallen als in den letzten vier Jahren insgesamt", erklärte der Direktor beim Statistischen Bundesamt, Karl Müller. Dass dies gelingt, ist mehr als unwahrscheinlich. Auch hier im Landkreis wird es zu deutlichen Problem kommen. Denn trotz der verstärkten Bemühungen der Kommunen und Tageselternvereine fehlen Plätze. Nicht jeder Kindergarten hat die Räumlichkeiten und das Personal um Kinder unter 3 Jahren zu betreuen. Tageseltern gibt es immer noch nicht genügend und viel zu wenige können und möchten ein oder mehrere Kinder an 5 Tage in der Woche zu mindestens 6 Stunde betreuen. Dies wäre aber die Voraussetzung für eine Mutter, die ihre Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen will. „Besonders bei der individuellen Betreuung von Kindern unter 3 Jahren haben Tageseltern ihre Stärken z.B. in der möglichen Flexibilität die für Frauen die Arbeiten so wichtig ist“ hebt Ina Rosenthal, Bundestagskandidatin der Bündnis 90/ Grünen für den Wahlkreis Lörrach / Müllheim, hervor.

Parallel mit dem, zumindest statistischem Eingeständnis, dass die Betreuungsplätze nicht so sicher sind wie erwartet, trifft auch die Nachricht ein, dass die schwarz-gelben Koalition das Betreuungsgeld entgegen heftiger Kritik aus allen Reihen durchsetzt. „Dies ist ein ganz falsches Signal und hilft weder den Kindern noch den Familien“, betont Ina Rosenthal „denn damit setzt die derzeitige Regierung ein Zeichen gegen den von der Bevölkerung gewünschten Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Nicht nur finanziell sondern auch moralisch“. Denn das Geld, das als Betreuungsgeld ausgezahlt wird, fehlt uns heute schon für die Kindertagesplätze und die Tagesmütter“, erklärt Rosenthal weiter. Dies gilt auch für den Landkreis Lörrach und besonders den ländlichen Raum im Wiesental. Das Betreuungsgeld(100€ im ersten Betreuungsjahr pro Kind und 150€ im zweiten Jahr pro Kind) soll Familien, die sich dazu entschieden haben, in den ersten 3 Jahren zu Haus ihre Kinder zu erziehen, finanzielle Entschädigen hierfür bieten. Nach der Argumentationskette von Familienministerien Schröder sollte jede Frau, jeden Familie die

Bankverbindung:

Bank: Volksbank Stuttgart, Kontonummer: 363 263 004, Bankleitzahl: 600 90 100 www.gruene-loerrach.de

freie Wahl haben, ob sie ihre Kinder selbst oder fremd betreuen lassen möchte. Die meisten Frauen und Familien werden ohne ausreichende gesicherte Kinderbetreuungsplätze wohl keine echte Wahl haben, als zu Hause ihre Kinder zu erziehen. Auf Erwerbstätigkeit und Unabhängigkeit werden diese betroffenen Mütter auch weiterhin warten und unsere Wirtschaft muss auch weiterhin auf hochqualifizierte Frauen verzichten, die auf dem knappen FacharbeiterInnen Markt mehr als willkommen wären. Die schwarz-gelbe Regierung verspielt also nicht nur die freie Wahl der Kinderbetreuung, sondern auch ein große Chance dem demografischen Wandel etwas entgegen zu setze. „Genau deswegen setzen wir als Grüne uns weiterhin für das Konzept verlässliche Kindertagesbetreuung ein, damit dieses Angebot ganz besonders auch im ländlichen Raum ausgebaut wird. Wir brauchen sowohl die Frauen als auch die Kinder, um uns als Gesellschaft weiter zu stabilisieren. Dies ist nur mit einem guten Kitaangebot zu erreichen“, fasst Ina Rosenthal die gesellschaftlichen Chancen zusammen, welche durch den Ausbau in diesem Bereich eröffnet werden.